



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 13.08.21

**Bettina Hagedorn zum „Rathausgespräch“ in Cismar als Gast der
Bürgermeister Mark Burmeister aus Grömitz und Dieter Knoll aus Dahme im
Beisein von Vertretern aller Fraktionen aus beiden Kommunen**

(Im Anhang finden Sie ein Foto zur freien Verfügung)

Am 11. August 2021 war Bettina Hagedorn beim traditionellen „Rathausgespräch“ im Klosterkrug in Cismar als Gast von Bürgermeister Mark Burmeister, Bürgervorsteher Heinz Bäker aus Grömitz sowie von Bürgermeister Dieter Knoll aus Dahme und seiner Tourismusleiterin Ullrike Dallmann. Viele Kommunalpolitiker*innen aller Fraktionen beider Gemeinden waren der Einladung ebenso gefolgt wie wichtige Vertreter der Verwaltung, denn es ging auf Wunsch der Gemeinden zunächst vor allem um die finanzpolitische Situation der Gemeinden während der Corona-Pandemie und finanzielle Unterstützung von Land und Bund für ihre vielfältig wachsenden Aufgaben. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen neben den Folgen von Corona, dem Klimaschutz und den Herausforderungen im Tourismus vor allem der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die Ganztagsbetreuung in Kita und Schulen. Bettina Hagedorn ist als Bundestagsabgeordnete von Ostholstein seit 2002 seitdem kontinuierlich im Austausch mit den Haupt- und Ehrenamtlern in den Rathäusern von Fehmarn bis Reinfeld, und sagt: **„Ich liebe meine traditionellen „Rathausgespräche“ und den Gedankenaustausch sehr und habe sie seit Februar 2020 wegen Corona total vermisst. Ich nehme mir immer gut zwei Stunden Zeit und die vergeht jedes Mal wie im Fluge. Danke an alle Beteiligten für das Kommen und Interesse: das Gespräch war offen, informativ und herzlich. Der direkte 'Draht' zur Kommunalpolitik ist mir immer schon - als ehemalige ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin bis 2003 - besonders wichtig gewesen: der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine Herausforderung für die Kommunen, die immer drängender wird. Doch in unserem Föderalismus sind eigentlich die**

Länder zuständig für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Weil aber bezahlbarer Wohnraum immer drängender zu einer Frage der Gerechtigkeit wird, hat die SPD bereits im Koalitionsvertrag 2018 durchgesetzt, dass der Bund zusätzlich mit 2 Mrd. Euro den sozialen Wohnungsbau fördert. Stand heute haben wir diese Förderung in den letzten drei Jahren auf 3,55 Mrd. Euro fast verdoppelt! Aber Fakt ist: Das Geld fließt nur schleppend ab, weil viele Kommunen es nicht schaffen z.B: über kommunale Wohnungsbaugenossenschaften den Bau von Wohnungen energisch zu beschleunigen, während gleichzeitig in vielen Orten leider eine ausreichende Baulandbevorratung fehlt. Hier haben die Gemeindevertretungen in den Kommunen den wichtigsten ‚Schlüssel‘ selbst in der Hand. Wo große Investoren Schlange stehen, um in Ostholstein an lukrativer Stelle millionenschwere Investitionsobjekte bauen zu wollen, können diese verstärkt von den Gemeinden vertraglich verpflichtet werden, gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum für ihre Beschäftigten zu schaffen. Aber auch die dazugehörige Infrastruktur mit Kitas und Schulen mit ganztägigen Betreuungsangeboten spielt gerade für die Eltern, die in der Tourismusbranche arbeiten, eine wesentliche Rolle. Auch der gravierende Fachkräftemangel in unserer Tourismusregion Ostholstein bleibt ein Thema, was nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Gemeinden „unter den Nägeln brennt“. Viele Fachkräfte in Gastronomie und Hotelgewerbe haben sich in den Monaten des Lockdowns – in denen sie quasi einem Berufsverbot unterlagen – neue Arbeitgeber gesucht und kehren nun nicht mehr in vorige Beschäftigungsfelder zurück. Dabei ‚boomt‘ aktuell ‚der Urlaub im eigenen Land‘ und unsere Küstenorte sind total ausgebucht. Höhere Löhne allein reichen nicht aus, um die Arbeit in Gastronomie und Dienstleistung attraktiver zu machen – auch das Lebensumfeld muss für die Menschen in der Dienstleistungsbranche ‚stimmen‘.“

Der Treffpunkt für diesen ausführlichen Gedankenaustausch war der Klosterkrug in Cismar, wo das Gespräch unter der Einhaltung der Hygieneregeln mit viel Abstand erfolgen konnte.

Hagedorn weiter: „Die Corona-Zeit hat außerdem nochmal deutlich vor Augen geführt: Leistungsfähige Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind für die Teilhabe unserer Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von absolut zentraler Bedeutung, für die natürlich – eigentlich – nach unserer föderalen Verfassung allein die Länder und Kommunen zuständig sind. Aber der Bund hat insbesondere in den letzten drei Jahren enorme Förderprogramme für diese Aufgaben zur Unterstützung der Städte und Gemeinden beschlossen. Die Schulen stehen vor großen Herausforderungen: sie müssen ihre digitalen Lehrangebote

ausbauen und für den Präsenzunterricht entsprechende Hygieneanforderungen einhalten. Etliche Förderprogramme der Großen Koalition zu Gunsten der Kommunen – wie der Digitalpakt für Schulen oder Förderungen aus dem Konjunkturpaket 2020 - enthalten darum wichtige Impulse für die Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur vor Ort. Dennoch sind z.B. aus dem ‚Digitalpakt für Schule‘ von über 5,5 Mrd. Euro Bundesmitteln binnen über zwei Jahren nur knapp 20 Prozent ausgegeben worden. Das ist bitter, denn spätestens in der Pandemie mussten alle Verantwortlichen feststellen, dass die Digitalisierung unserer Schulen kein ‚Sahnehäubchen‘ ist, sondern zum Kernbereich der schulischen Ausbildung und Förderung gehört. Hier müssen die Länder mithelfen schneller und schlanker zu fördern, um die berechtigten Erwartungen vieler Eltern und Lehrer nicht weiter zu enttäuschen. Danke für die Einladung nach Cismar – es war wieder ein guter Gedankenaustausch in freundschaftlicher Atmosphäre!“